

# Beschluss der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen 1. April 2006, Dresden, Gewerkschaftshaus

## Gegenstand:

Energiepolitik - Tschernobyl

## Antragsteller:

Landesvorstand

Die Landesdelegiertenversammlung am 1. April möge beschließen:

## 20 Jahre nach Tschernobyl:

### Atomenergie und Klimawandel - beiden Gefahren begegnen

5 Am 26. April jährt sich der Super-Gau von Tschernobyl zum zwanzigsten Mal. Hunderttausende Menschen wurden durch die Katastrophe verstrahlt, 400.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen, Zehntausende fanden bis heute den Tod und noch sind die gesundheitlichen Folgen nicht absehbar: Noch immer erkranken Kinder an Diabetes und sterben in Folge des Unfalls an Herzinfarkt. In den neunziger Jahren hatten Kleinkinder in der Region ein achtfaches Risiko, an einem Gehirntumor zu leiden, als Kinder in anderen Ländern. Viele Lebensmittel sind aufgrund ihrer hohen Strahlenbelastung für lange Zeit nicht mehr zum Verzehr geeignet. Die finanziellen Folgen des Unglücks betragen allein für den Staat Weißrussland bis heute 235 Mrd. US-Dollar

10  
15  
20 Ogleich die gesundheitlichen und finanziellen Folgen der Katastrophe auch 20 Jahre später kaum zu ermessen sind, soll die Atomenergie heute eine politische Renaissance erfahren. Hatte die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem Gesetz zum Atomausstieg noch die notwendige Konsequenz aus dem Unfall und den allgemeinen Gefahren der Atomenergie beschlossen, mehren sich heute die politischen Stimmen derjenigen, die – mit zum Teil fadenscheinigem – Verweis auf die Herausforderung des Klimawandels, einen Ausstieg aus dem Ausstieg und einen Wiedereinstieg in die industrielle Forschung, Planung und Nutzung der Kernenergie fordern.

### Der Freistaat Sachsen als Hort der Unverbesserlichen

25 Bei der Debatte um die Fortsetzung der Nutzung und den Wiedereinstieg in die Risikotechnologie hat sich der Freistaat Sachsen besonders negativ hervorgetan. Noch im Energiepro-

gramm von 2004 fordert die Staatsregierung: „Die Option der Kernenergienutzung muss als technologische Variante für die Zukunft offen gehalten werden. Die Kernenergienutzung hat weltweit große Bedeutung für die Sicherung der Elektrizitätsversorgung und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.“<sup>1</sup>

5 CDU-MdL Jürgen Petzold, energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion, plädierte in einer Veröffentlichung Anfang dieses Jahres noch für einen Mix aus Braunkohle und Kernenergie. Konkreter wurde der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Lehmann. In einer Landtagssitzung im letzten Jahr forderte er die Errichtung eines Atomkraftwerkes an der Neiße. Die sächsische CDU hat sich damit nicht den Ruf als intelligenteste, aber als eine hartnäckige Lobby-Gruppe für die Atomwirtschaft erworben.

10 Nicht nur, aber auch wegen der Rückwartsgewandtheit von Teilen der sächsischen Politik, allen voran des Ministerpräsidenten, stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen in der Pflicht, für eine ökologisch und ökonomisch zukunftsfähige Energiepolitik zu streiten, Alternativen zum derzeitigen Kurs aufzuzeigen und die Meinungsführerschaft zu erlangen.

15

### **Kernenergie bringt nichts fürs Klima und fördert Abhängigkeit**

Die vermehrte Nutzung der Atomenergie ist ein vorgeschobenes Argument im Kampf gegen die drohenden Folgen des Klimawandels. Bei näherer Betrachtung wird offenkundig, dass der Einsatz der Kernenergie zum Klimaschutz eine Milchmädchenrechnung ist. Nur 2,5 % der weltweit genutzten Energie und nur 17 % des Stroms kommen aus den weltweit 441 Atommeilern, die in 31 Ländern stehen. Wollte man ihren Anteil auf 5 % am Energieverbrauch bis zum Jahre 2020 ausbauen, müssten bis dahin in jedem Jahr ca. 50 neue Reaktoren ans Netz gehen, Woche für Woche einer. Selbst dieser Ausbau erbrächte keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz. Von einem wirksamen Anteil an der 80%igen Reduzierung der CO<sub>2</sub> – Emissionen, wie sie aus wissenschaftlicher Sicht geboten ist, ganz zu schweigen. Selbst eine minimale Ausbaustrategie würde sehr schnell die Uranvorräte erschöpfen.

25

Dazu ist Deutschland zu 100 % abhängig von Uran-Importen. Uran ist zudem begrenzt verfügbar und reicht noch 30 bis 40 Jahre, bietet damit keine langfristige Versorgungssicherheit.

Die Apologeten der Kernenergie gehen geflissentlich darüber hinweg, dass die Atomenergie weltweit auf dem Rückzug ist, denn während der Energiehunger vor allem in den Schwellenländern drastisch steigt, bleibt die Erzeugungskapazität nahezu konstant. In der Perspektive bis 2012 sind 28 Atomkraftwerke weltweit im Bau und in der Planung. Und es ist kein Zufall, dass vorrangig Länder auf den Ausbau setzen, die über Kernwaffen verfügen oder dieses Ziel anstreben. Gebaut und geplant werden Reaktoren in China (3), Indien (8), Iran (1), Pakistan (1) und Russland (4). Diese Entwicklung zeigt, die militärische und die zivile Nutzung der Kernenergie waren von Anfang an siamesische Zwillinge und sind es bis heute geblieben. Und

35

---

<sup>1</sup> Energieprogramm Sachsen 2004, S. 11.

es ist auch alles andere als ein Zufall, dass Atomkraftwerke weltweit in pluralen Gesellschaft nur in Ausnahmefällen noch geplant werden.

### **Alte und neue Gefahren verbieten eine weitere Nutzung**

5 Bei einer Ausbaustrategie erhöht sich die Möglichkeit eines atomaren Supergaus schon aus Gründen der statistischen Wahrscheinlichkeitsrechnung. Verschärft würde durch höhere Produktion auch das Problem einer sicheren Endlagerung. Obgleich die Betreiber seit 50 Jahren Erfahrungen im Umgang mit der potentiellen nuklearen Katastrophe haben, ist bis heute weltweit noch kein Endlager für langjährig hochradioaktiven Abfall in Betrieb gegangen. Abgesehen davon, dass der menschliche Horizont zu verantwortungsvoller Entsorgung angesichts von Halbwertszeiten über 24.110 Jahren (Plutonium 239) erheblich überschritten wird, kommen zu den bekannten alten Gefahren neue hinzu.

15 Die spezifischen Folgen der Materialermüdung bei der Nutzung der Atomenergie, hervorgerufen durch Strahlenexposition und extreme thermische Belastung, lassen sich nicht im Labor erkunden, man ist auf den Praxistest angewiesen. Auch eine Verbesserung der Überwachungstechnik kann nicht verhindern, dass ab einem gewissen Punkt das Risiko eines nuklearen Unfalls mit jedem Tag wächst, den ein Atomkraftwerk länger am Netz bleibt.

20 Mit dem 11. September 2001 ist offenkundig geworden, dass es einen ausreichenden Schutz von Atomreaktoren gegen terroristische Angriffe nicht gibt und wohl nicht geben kann. Endgültige Sicherheit schafft nur ihre Stilllegung.

25 Aus diesen Gründen kommt eine Verlängerung der Gesamtlaufzeit für die deutschen AKWs über die vertraglich vereinbarten 32 Jahre hinaus mit uns ebenso wenig in Frage wie eine Übertragung der für die einzelnen AKWs definierten Reststrommengen, wie sie im Anhang des Atomgesetzes definiert wurden. Wir erinnern: Die Modalitäten des Ausstiegs aus der Atomenergie beruhen auf einem Kompromiss mit der Energiewirtschaft, dem so genannten „Atomkonsens“. Die Länge der Laufzeit ist das äußerste dessen, was wir aus Sicherheitserwägungen für vertretbar halten. Spätestens 2019 ist Schluss! Eine Übertragung der Reststrommengen würde die seiner Zeit erzielte Vereinbarung aufkündigen.

### **30 Die Mär vom billigen Atomstrom**

Neben dem angeblichen Beitrag zum Klimaschutz führen die Atombefürworter das Argument von der preiswerten Nutzung der Atomenergie im Mund. Auch hier lohnt genaueres Hinsehen. Ohne die Unterstützung des Staates wäre die energetische Nutzung der Atomenergie in keinem Land der Welt begonnen worden. Aber auch nach Jahren der Forschung und Entwicklung, immer und überall wie in der Bundesrepublik auf alleinige Kosten der Steuerzahlerinnen finanziert, ist die Atomenergie bis heute weit davon entfernt, ökonomisch wettbewerbsfähig zu sein.

Die technologisch begründeten langwierigen Planungsvorläufe und Bauzeiten, die vergleichsweise immensen Kapital- und damit Fixkosten, die langen Zeiten des Stillstands und ein ganzes Bündel von nicht kalkulierbaren Faktoren (wie zum Beispiel Kosten und Dauer des Rückbaus und der Lagerung) machen die Atomenergie für potentielle Investoren unattraktiv. Auf einem liberalisierten Markt hat die Atomenergie – trotz des staatlichen Subventionsvorlaufs – keine Chance. Selbst in den USA, wo die Randbedingungen durch eine politisch aufgeschlossene Bundesregierung, die Diskussionen um den Klimawandel nach der Hurrikan-Saison 2005 und die Instabilität der Netze für neue AKW-Bauten nahezu optimal sind, rufen die potentiellen Investoren nach dem Staat. Allein 3, 1 Mrd. US-Dollar hat die Bush-Administration bereits an direkten Subventionen in Aussicht gestellt, zusätzlich verlangt die Energiewirtschaft gesicherte Abnahmen zu fixen Preisen und eine staatliche Haftung bei schweren Schäden. Was soll man von einer Industrie halten, die private Gewinne nur erzielen kann, wenn sie Risiken und Kosten sozialisiert?

Wer, wie der sächsische Ministerpräsident Milbradt, ständig die Marktwirtschaft im Munde führt, sollte zu der Atomenergie schweigen.

### **Tschernobyl mahnt zur Energiewende**

Der 20. Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl mahnt uns zum Ausstieg aus der Atomenergie. Mit uns wird es keinen Ausstieg vom Ausstieg geben. Wir nehmen den Jahrestag auch zum Anlass, uns selbstkritisch zu fragen: Waren wir im Kampf gegen die Nutzung der Atomenergie in den letzten Jahren zu nachlässig? Haben wir angesichts der Erfolge beim Ausstieg und bei den Erneuerbaren Energien in Deutschland und die Lobby der Atomkraft mit ihren schwachen Argumenten unterschätzt und die aktive Öffentlichkeitsarbeit vernachlässigt? Angesichts der argumentativen Renaissance der Atomkraft müssen wir uns wieder stärker einmischen und unsere Alternativen offensiv propagieren.

Bei den Erstwählern zur letzten Bundestagswahl gehört die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl nicht mehr zur erlebten Geschichte. Die alten Lügen von der sicheren Atomkraft, erzeugt in West wie Ost - junge Leute haben sie nicht gehört. Auch die Tatsache, dass der Sicherheitsstandard westdeutscher Atomkraftwerke maßgeblich ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung ist, droht in Vergessenheit zu geraten. 20 Jahre Tschernobyl – das begreifen wir auch als Auftrag, die Geschichte der Atomkraftnutzung in Deutschland Ost und West und des erfolgreichen Widerstandes dagegen zu reflektieren und die Debatte in einen neuen Zusammenhang zu stellen, denn der 20. Jahrestag von Tschernobyl fällt in eine Zeit, in der offenkundig wird:

- è Die Begrenzung der Folgen des von Menschen verursachten Klimawandels ist die größte politische Herausforderung dieses Jahrhunderts. Sie ist nur global zu meistern.
- è Der Klimawandel hat bereits begonnen. Um ihn nach heutigem Ermessen erträglich und beherrschbar zu gestalten, müssen wir unsere CO<sub>2</sub> –Emissionen bis zum Jahre 2050 um 80% senken.

- 5      è    Das vor ca. 150 Jahren im industriellen Maßstab begonnene Zeitalter der Nutzung fossiler Energieträger geht damit seinem Ende entgegen.
- è    Dem in Deutschland eingeläuteten Ausstieg aus der Kernenergienutzung muss der globale Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger folgen.
- 10     è    Der Kampf über die Verfügungsgewalt der verbliebenen fossilen Ressourcen nimmt an Härte zu. Der Zugang zu den Rohstoffen ist zum Kriegsgrund Nummer eins geworden.
- è    Die jüngst erlebten Preissprünge auf den Weltenergiemärkten waren erst der Anfang einer sich verschärfenden Entwicklung: Auch ökonomisch gibt es zu einer Politik des „Weg vom Öls“ daher keine Alternative.

### **Energiewende – gerade in Sachsen**

15      Der größte Anteil an den CO<sub>2</sub> –Emissionen, die im vergangenen Jahrhundert bereits für eine globale Erwärmung um 0,6 Grad Celsius verantwortlich sind, stammen aus den OECD-Ländern, allen voran Westeuropa und den USA. Aus historischer Verantwortung, ökonomischer und ökologischer Vernunft und Gründen der wirtschaftlichen Stärke ist es an uns, den Industrieländern, bei einer Politik „Weg vom Öl“ Beispiel gebend voran zu gehen.

20      Wir in Sachsen haben im August 2002 das Jahrtausendhochwasser und im Sommer 2003 den Jahrhundertssommer erlebt. Durch die regional spezifizierten Klimamodulationen wissen wir, dass wir keine singulären Ereignisse, sondern Vorboten einer heraufziehenden Entwicklung erlebt haben. Weitgehend schneefreie Winter im Erzgebirge, lang anhaltende Hitzeperioden, die insbesondere in der Lausitz zu einer Versteppung beitragen, eine Zunahme von Wetterextremen wie Starkniederschlägen und Stürmen im Orkanbereich – die Wissenschaftler beschreiben uns die Folgen des Klimawandels für Sachsen sehr exakt.

25      An den sächsischen Politikern, die diese Studien in Auftrag geben, gehen diese Erkenntnisse folgenlos vorbei. Während die CDU im Verbund mit der energiepolitisch ahnungslosen FDP für die Atomkraft streitet, findet sie in der SPD einen treuen Partner, wenn es um die Interessen der Braunkohle geht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen erteilen beiden Technologien eine klare Absage: Dem Ausstieg aus der Kernenergie muss nach 2020 der Ausstieg aus der Braunkohle folgen, denn mit der Braunkohleverstromung ist das klimapolitische Ziel einer Reduzierung von 80% gegenüber dem Jahre 1990 nicht zu erreichen.

30      Über 60% der sächsischen CO<sub>2</sub>-Emissionen stammen aus den Braunkohlekraftwerken. Der Freistaat Sachsen hat seine 2001 aufgestellten klimapolitischen Ziele deutlich verfehlt. Statt der geplanten 45 Millionen Tonnen, emittieren wir derzeit über 51 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr. Und mit dem geplanten Braunkohlekraftwerk in Boxberg wird diese Summe noch einmal um 5 Mio. Jahrestonnen steigen. Die Klimapolitik des Freistaates droht damit beschleunigt in die falsche Richtung zu fahren.

## Aktuelle Forderungen

Zum notwendigen Ausstieg aus der Atomkraft gehört der Einstieg in eine nachhaltige Energieversorgung. Den Weg weisen die der E's: Energieeinsparung, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Unser Ziel ist und bleibt es, den Atomausstieg und den Klimaschutz gleichermaßen zu verwirklichen. Das ist möglich, wenn der Wille vorhanden ist und die energiepolitischen Rahmenbedingungen richtig gestaltet werden.

Die Koalition aus CDU und SPD in Sachsen bewegt sich in der Energiepolitik auf alten, ausgetretenen Pfaden. Selbst im Vergleich mit der Bundesregierung steht die Regierung im Freistaat schlecht da. Wir wollen der Staatsregierung Dampf machen und fordern als Sofortprogramm:

- 10       è Wahrnehmung der im Klimaschutzprogramm festgeschriebenen Vorbildfunktion des Freistaates in den Bereichen: Energieeinsparung, Energie-Effizienz, Einsatz von Erneuerbaren Energien und Energie-Contracting. Als Immobilieneigner und -nutzer, als größter Bauherr, als Fördermittelverteiler und in seiner Eigenschaft als Verbraucher steht der Freistaat in einer besonderen Pflicht.
- 15       è Verzicht auf den Neubau eines Braunkohle-Kraftwerksblocks in Boxberg.
- è Zuteilung der CO<sub>2</sub> –Zertifikate nur nach Auktionierung gemäß EU-Vorgaben, dabei sollen alle Kraftwerkstypen über den CO<sub>2</sub> –Ausstoß konkurrieren.
- è Abschöpfung der Zusatzgewinne, die die Stromwirtschaft mit den kostenlos zuge teilten CO<sub>2</sub> –Zertifikaten erwirtschaftet hat.
- 20       è Strenge kartellrechtliche Überwachung der Preisgestaltung bei Vattenfall Europe nach dem Grundsatz der Billigkeit gemäß BGB.
- è Ausschöpfung der Windenergiepotentiale in Sachsen gemäß des Koalitionsvertrages von CDU und SPD auf Bundesebene (Stichwort: Re-Powering) unter Überprüfung der landesgesetzlichen Vorgaben und unter Einhaltung der naturschutzrechtlichen Belange.
- 25       è Sofortige Überarbeitung des Landesenergieprogramms unter den Maßgaben: Verzicht auf die weitere Nutzung der Atomenergie und Orientierung der Landespolitik auf das 80%-Minderungsziels der CO<sub>2</sub> –Emissionen bis 2050 basierend auf Energie-Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien.

30

## Eckpunkte einer zukunftsfähigen Energiepolitik in Sachsen

Wir haben angesichts der parlamentarischen Initiativen zur Kenntnis genommen, dass die Landtagsfraktion die Energiepolitik zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht hat. Wir fordern die Fraktion auf, in dieser Arbeit fortzufahren und gemeinsam mit den Gremien und Fachleuten des Landesverbandes ein Konzept einer zukunftsfähigen Energiepolitik im Freistaat Sachsen in einem diskursiven Prozess zu entwickeln. Aus heutiger Sicht können wir dabei folgende Eckpunkte als Anforderungen aufstellen:

35

- I. **Sachsen zum Vorzeigeland für die Erneuerbaren Energien machen** – in Bezug auf den Einsatz und die Zahl der Beschäftigten. Schon heute ist der Freistaat im Bereich der Solarindustrie ein starker Standort, an dem mehrere tausend Menschen sichere Arbeitsplätze bei Produkten haben, die sich auf dem Weltmarkt bewähren.
- 5 II. **Biomasse-Potentiale ausschöpfen:** Sachsen hat im Bereich der Biomasse durch seine großen Waldflächen, die Landwirtschaft und bestehende Forschungsinstitutionen und die Aussicht auf die Ansiedlung des deutschen Biomasseforschungszentrums das Potential, technologische Entwicklung und großflächigen Anwendung vorbildhaft zu verzahnen. Schon jetzt fallen in Sachsen jährlich ca. 1,5 Mio. Tonnen feste Biomasse an, die energetisch zu verwerten wären. Bei tendenziell sinkenden Zuschüssen für die Landwirtschaft verspricht der Anbau von energetisch nutzbaren Pflanzen auf Stilllegungsflächen eine Einkommensalternative für die Landwirtschaft und die Energieerzeugung eine Wertschöpfungsmöglichkeit für den Ländlichen Raum in Sachsen zu werden.
- 10 III. **Investitionen in Forschung und Entwicklung** sowie Ausrichtung der Wissenschaftspolitik des Landes mit dem Ziel, eine umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Gestaltung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs in Sachsen zu erreichen. Den derzeitigen Schwerpunkt der sächsischen Energieforschung einer CO<sub>2</sub> – Abtrennung bei der Kohleverfeuerung lehnen wir unter Verweis auf das unlösbare Lagerproblem von Hunderten Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ab.
- 15 IV. **Die größte Energiequelle heißt Energie-Einsparung:** Trotz rasant gestiegener Preise vergeuden wir Energie im großen Stil. In allen Bereichen (Verkehr, Immobilien, Industrie und Gewerbe) sind die Potentiale und Kosten zu ermitteln und in einem entsprechenden Landesprogramm operationell zu untersetzen. Bei Gebäuden, insbesondere im Bestand, gibt es noch riesige energetische Einsparpotentiale. Das Null-Energie-Haus ist heute bereits möglich, es muss bei Neubauten zum Standard werden.
- 20 V. **Sachsen als Automobilstandort braucht das Auto der Zukunft:** Ein Drittel unseres Energieverbrauchs fällt auf den Verkehrssektor. Die deutsche Kfz-Industrie hat sich bei umweltrelevanten Innovationen vom Ausland abhängen lassen (Partikelfilter, FSI-Technologie). Aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes, aber auch zur Sicherung des Automobilstandortes Sachsen muss der Freistaat mit seinen Möglichkeiten der Industriepolitik und seiner Zuständigkeit für die Wissenschaft die Forschung am Auto der Zukunft und alternativen verkehrlichen Lösungen voranbringen.
- 25 VI. **Dezentralität und Konkurrenz:** In Reaktion auf die die Preisentwicklung setzt die Industrie in Sachsen bereits vereinzelt auf die Eigenerzeugung von Strom und Wärme. Durch die Verbrauchsnähe, die direkte Bedarfsanpassung und höhere Wirkungsgrade ergeben sich Kostenvorteile, die sich durch niedrige CO<sub>2</sub> –Emissionen auch für die Umwelt rechnen. Wir wollen diese Entwicklung durch geeignete Landesprogramme forcieren. Das setzt eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und die enge Zusam-
- 30
- 35
- 40

menarbeit mit Industrie und Gebäudewirtschaft voraus. Wir setzen dabei auf den Wettbewerb der Systeme und Energieträger.

5 Ziel einer bündnisgrünen Energiepolitik ist die klimaneutrale Bereitstellung und Verwendung von Energie. Das Klima möglichst zeitnah nicht mehr zu schädigen – das sind wir der globalen  
10 Gemeinschaft und nachfolgenden Generationen auch in Verantwortung unseres bereits erfolgten Beitrages zum Klimawandel schuldig. Derzeit liegt der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Freistaat Sachsen bei 12,2 Tonnen. Das ist das Dreifache des globalen Durchschnitts. Nach den USA (21,9 t/E.) und Kanada (16,4 t/E.) würde Sachsen in der globalen Nationenwertung damit einen traurigen dritten Platz belegen. Davon wollen wir weg. Wir wollen den Freistaat zum Vorbild machen.

15 Wir haben immer behauptet, dass Ökonomie und Ökologie Geschwister sind. In der Energiepolitik wird diese nahe Verwandtschaft offenkundig: Wer heute Energie spart, entlastet das Klima und gewinnt einen Wettbewerbsvorteil. Wer heute mit ganzer Kraft auf die Entwicklung Erneuerbarer Energien setzt, wird morgen auf den Weltmärkten zu den Gewinnern zählen. Moderne Energiepolitik schafft und sichert Arbeitsplätze.